

**Antragsbuch der
Kreisdelegiertenversammlung der
SPD Tempelhof-Schöneberg
am 18.03.2023**

**Mit Kommentierung der
Antragskommission**

Inhaltsverzeichnis

Anträge zum Thema Armut 1

1/1/2023	Abt. 7 - Schöneberg	
1/1/2023 Respekt und finanzieller Ausgleich für pflegende Angehörige		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Kein Konsens)</i>		1
2/1/2023	Abt. 6 - Schöneberg-City	
2/1/2023 Hitzehilfe- und Kältehilfe-Einrichtung gemeinsam denken und ausbauen		
<i>Annahme (Konsens)</i>		2
3/1/2023	Abteilung Tempelhof und Jusos	
3/1/2023 Einführung eines Stromsozialtarifs bei der Berliner Stromgrundversorgung		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)</i>		5
6/1/2023	Abt. 1 - Tempelhof	
6/1/2023 Nicht digitale Anträge auf Heizkostenhilfe		
<i>Annahme (Konsens)</i>		7
12/1/2023	Jusos Tempelberg	
12/1/2023 Obdachlosigkeit und Klimawandel		
<i>Annahme (Konsens)</i>		8

Weitere Anträge 10

1/1/2023	AG 60Plus Tempelhof-Schöneberg	
1/1/2023 Kulturangebote kostenfrei anbieten		
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission (Kein Konsens)</i>		10
2/1/2023	Abt. 7 - Schöneberg	
2/1/2023 Verkehrsberuhigung und Schulwegsicherung Ella-Barowsky-Straße		
<i>Annahme (Kein Konsens)</i>		12
3/1/2023	Abt. 7 - Schöneberg	
3/1/2023 Speicheltest auf Endometriose als Kassenleistung		
<i>Annahme (Konsens)</i>		13
4/1/2023	Abt. 6 - Schöneberg-City	
4/1/2023 Zusätzliche digitale Anzeigetafeln an den Eingängen zum S-Bahnhof Julius-Leber-Brücke		
<i>Annahme (Konsens)</i>		14
5/1/2023	Abt. 6 - Schöneberg-City	
5/1/2023 Was muss, das muss! – Das gesamte Stadtgebiet, flächendeckend mit kostenfreien Toiletten ausstatten		
<i>Annahme (Konsens)</i>		16
7/1/2023	Abteilung Tempelhof und Jusos	
7/1/2023 Deutschlandticket auch als Papierticket		
<i>Annahme (Konsens)</i>		18

8/1/2023	Abt. 2 - Mariendorf	
8/1/2023 Keine Koalition mit der CDU		
.....		20
9/1/2023	Jusos Tempelberg	
9/1/2023 Kai ist der falsche Vorname fürs Rote Rathaus - Keine Koalition mit der CDU!		
.....		21
10/1/2023	Jusos Tempelberg	
10/1/2023 Der Preis gelebter Solidarität		
.....		23
11/1/2023	Jusos Tempelberg	
11/1/2023 Jugendkulturkarte verstetigen!		
<i>Annahme (Kein Konsens)</i>		25
Initiativanträge		27
1/1/2023	Jusos Tempelberg	
1/1/2023 Beantragung eines außerordentlichen Parteitages		
.....		27
2/1/2023	Abt. 8 - Friedenau	
2/1/2023 Vorverlegung Landesparteitag		
.....		28
3/1/2023	Kreisvorstand	
3/1/2023 Aufnahme von gemeinsamen Verhandlungen im Bezirk mit Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke		
.....		29

Anträge zum Thema Armut**Antrag 1/I/2023****Abt. 7 - Schöneberg****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der Antragskommission (Kein Konsens)****Respekt und finanzieller Ausgleich für pflegende Angehörige**

1 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Fraktion
2 im Deutschen Bundestag und der Bundes-
3 regierung auf, sich dafür einzusetzen, dass
4 die Höhe des Pflegegeldes rückwirkend um
5 die Inflation seit der letzten Festsetzung
6 2017 erhöht wird. Darüber hinaus sollen die
7 bereits eingetretenen finanziellen Nachteile
8 durch eine Einmalzahlung ausgeglichen wer-
9 den und zukünftig die im Koalitionsvertrag
10 bereits vereinbarte Dynamisierung regelhaft
11 vorgenommen werden.

12

13 Begründung

14 Rund 4 Millionen Menschen ermöglichen ih-
15 ren pflegebedürftigen Angehörigen ein wür-
16 devolles Leben in ihrer gewohnten Umge-
17 bung. Die meisten erhalten als Teilausgleich
18 für ihren Einsatz ein Pflegegeld. Der umge-
19 rechnet bereits weit unter dem Mindestlohn
20 angesiedelte Betrag wurde seit 2017 nicht
21 mehr erhöht. Es gab weder einen Ausgleich
22 für die mittlerweile galoppierende Inflati-
23 on noch irgendwelche Corona-Soforthilfen
24 etc. für diesen Personenkreis, der maßgeb-
25 lich auf das Pflegegeld angewiesen ist. Der
26 VDK rechnet exemplarisch für Pflegegrad 5
27 (z.Zt. 901,00 Euro) mit einem Kaufkraftverlust
28 von 159,26 Euro. Und das für jeden Monat!
29 Pflegende Angehörige verdienen unseren Re-
30 spekt, der sich auch im Pflegegeld widerspie-
31 geln soll.

Das Thema der Rückwirkung der Festsetzung der Höhe des Pflegegeldes um die Inflation seit der letzten Festsetzung 2017 wurde problematisiert. Der erste Satz des Antrags sollte präzisiert werden.

Antrag 2/I/2023**Abt. 6 - Schöneberg-City****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Hitzehilfe- und Kältehilfe-Einrichtung gemeinsam denken und ausbauen**

- 1 Wir fordern auf Bezirks- und Landesebene:
- 2
- 3 Niedrigschwellig Angebote für obdachlose
- 4 Menschen in Berlin müssen über das ganze
- 5 Jahr zusammen gedacht werden.
- 6
- 7 Wir fordern eine langfristige Ausweitung und
- 8 Finanzierung der Hitzehilfe in ganz Berlin,
- 9 auch über das Modellprojekt 2022 im Schöne-
- 10 berger Norden hinaus.
- 11
- 12 Objekte und Einrichtungen, die aktuell für die
- 13 über 1.500 Kältehilfe-Plätze in Berlin genutzt
- 14 werden, sollen auf ihre Eignung für die Hit-
- 15 zehilfe geprüft werden. So können auch Syn-
- 16 ergien mit der Nutzung im Winter gehoben
- 17 werden. Auch andere mögliche Objekte für
- 18 die Hitzehilfe müssen in die Überlegungen
- 19 einbezogen werden. Dabei liegt der Schwer-
- 20 punkt immer auf kleinen Einrichtungen in
- 21 zentraler Lage.
- 22
- 23 Weitere Maßnahmen im Rahmen der Hit-
- 24 zehilfe wie Bereitstellung und Verteilen von
- 25 Trinkwasser, aufsuchende Sozialarbeit, Mög-
- 26 lichkeiten zur Abkühlung in öffentlichen Ein-
- 27 richtungen analog der Wärmeorte 22/23 usw.
- 28 sollen ebenfalls geprüft und ausgebaut wer-
- 29 den.
- 30
- 31 Unser Ziel ist es, dass die Hitzehilfe mittelfris-
- 32 tig ebenso im Fokus steht wie die Kältehilfe.
- 33
- 34 **Begründung**
- 35 Das Modellprojekt mit der ersten Hitzehilfe in
- 36 Berlin gab es 2022 in der Kurmärkischen Stra-
- 37 ße 1-3 im Schöneberger Norden. Nicht um-
- 38 sonst hat diese Einrichtung einige Aufmerk-
- 39 samkeit – auch überregional – erzeugt. Sie
- 40 schließt eine Lücke und reagiert auf neue Her-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

Empfehlung eine Formulierung zu finden, die ganzjährige Angebote umfasst.

41 ausforderungen für obdachlose Menschen.
42 Die Sommer werden heißer und Hitze kann
43 für Menschen auf der Straße ebenso lebens-
44 bedrohlich sein wie Kälte im Winter. Daher ist
45 ein verstärkter Blick auf die Hitzehilfe seit ei-
46 nigen Jahren der richtige Schritt. Berlin hat
47 seit 2016 gezeigt, dass mit politischem Wil-
48 len ein Ausbau der niedrigschwelligen Ange-
49 bote der Kältehilfe gelungen ist. Die Verknüp-
50 fung mit der Hitzehilfe ist nach einem erfolg-
51 reichen Modellprojekt jetzt der nächste und
52 logische Schritt aus verschiedenen Gründen:

53

54 Obdachlose Menschen auch bei Hitze unter-
55 stützen:

56 Wenn es heiß wird, fehlen für obdachlo-
57 se Menschen oftmals Orte zum Abkühlen,
58 zum zur Ruhe kommen, zum Hydrieren. Der
59 öffentliche Raum bietet im Sommer im-
60 mer weniger kostenfreie und bedingungs-
61 lose Möglichkeiten für Schatten und Kühle.
62 Der Asphalt ist dann oft unerträglich heiß
63 und Sonnenbrand, Sonnenstich, Dehydrie-
64 rung sind Gefahren. Die Bezirksverordneten-
65 versammlung Tempelhof-Schöneberg setzt
66 sich bereits für Kälteräume und mehr kos-
67 tenfreie Trinkwassermöglichkeiten ein. Das
68 Land Berlin beteiligt sich u.a. an der Karuna-
69 Taskforce, mit deren Hilfe im Sommer Ge-
70 tränke verteilt werden und klimatisierte Bus-
71 se Abkühlung und Ruhe bieten.

72

73 Bessere Gebäudenutzung:

74 Das Zusammendenken von Hitzehilfe und
75 Kältehilfe bietet auch praktische Vorteile.
76 Die Räumlichkeiten und Gebäude, die für
77 die Kältehilfe von Oktober/November bis
78 März/April genutzt werden, sind teilweise im
79 Sommer nicht genutzt. Am Beispiel der Kur-
80 märkischen Straße 1-3 in Schöneberg lässt
81 sich sehen, dass schon wenige Wochen oh-
82 ne Nutzung in solchen Räumen zu Schäden,
83 Vandalismus oder nicht intendierte Fremd-
84 nutzung führen können. Eine übergangslose
85 Nutzung mit Hitzehilfe und Kältehilfe sorgt
86 für eine sinnvolle ganzjährige (Aus-)Nutzung
87 solcher Objekte.

88

89 Bessere Planbarkeit für Träger*innen:

90 Für die sozialen Träger*innen bringt eine
91 ganzjährige Arbeit in den Einrichtungen
92 ebenfalls eine bessere Planbarkeit und die
93 Möglichkeit für die Sozialarbeiter*innen vor
94 Ort, die Menschen besser zu unterstützen.
95 Strukturen und Ehrenamtliche müssen nicht
96 alle halbe Jahre wieder neu aufgebaut und
97 gesucht werden. Diese Verlässlichkeit ist
98 wichtig.

99

100 Langfristigkeit verbessert die Arbeit vor Ort:
101 Das Vertrauen der Nutzer*innen erhöht sich,
102 wenn die Einrichtungen und Ansprechperso-
103 nen/Sozialarbeiter*innen nicht nur temporär
104 im Winter, sondern ganzjährig vor Ort sind.
105 So erhöht sich auch die Möglichkeit, die ob-
106 dachlosen Menschen durch Beratung weiter
107 auf dem Weg aus der Obdachlosigkeit zu un-
108 terstützen.

109

110 Das Ziel bleibt: Obdachlosigkeit bis 2030
111 überwinden

112 Kältehilfe und Hitzehilfe sind wichtig als
113 niedrigschwellig Nothilfen. Aber sie erset-
114 zen nicht den Einsatz dafür, Wohnungsver-
115 lust präventiv zu verhindern oder obdachlo-
116 sen Menschen langfristige Perspektiven zu
117 geben. Dazu gehört ein Ausbau von Housing
118 First genauso wie eine Verstärkung von Haus-
119 besuchen bei drohender Wohnungslosigkeit
120 und vieles mehr.

Antrag 3/I/2023**Abteilung Tempelhof und Jusos****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der Antragskommission (Konsens)****Einführung eines Stromsozialtarifs bei der Berliner Stromgrundversorgung**

1 Wir fordern, dass die Berliner Stromgrundver-
2 sorgungsunternehmen einen sozialen Stromtarif mit reduziertem Preis für einkommens-
3 schwache Haushalte in Berlin anbieten müs-
4 sen. Berechtigte Personen können dann die-
5 sen günstigeren Vertrag mit dem Grundver-
6 sorgungsunternehmen abschließen, anstelle
7 des normalen Stromtarifs. Der Preis des Sozi-
8 altarifs soll vom Senat festgelegt werden und
9 deutlich unter den Preisen der Grundversor-
10 gung liegen, um eine Entlastung der einkom-
11 mensschwachen Haushalte in Berlin zu ge-
12 währleisten. Ein ähnliches Angebot muss es
13 auch für Auszubildende und Studierende ge-
14 ben, die ein niedriges Einkommen haben. Die
15 zusätzlichen Kosten der Grundversorgungs-
16 unternehmen, die durch das Angebot des Sozi-
17 altarifs entstehen, sollen durch den Haus-
18 halt des Landes Berlins gedeckt werden.

20

21 Begründung

22 Die extrem gestiegenen Energiepreise im
23 letzten Jahr haben das Thema Energiear-
24 mut in den Fokus gerückt. Rund ein Fünftel
25 der Haushalte in Deutschland geben mitt-
26 lerweise über 10% des Haushaltsnettoein-
27 kommens für Energie aus und sind dadurch
28 akut von Energiearmut bedroht. Zwar sind
29 die Gas- und Strompreise in den letzten Wo-
30 chen wieder etwas gefallen, jedoch liegen
31 sie immer noch deutlich über dem langjäh-
32 rigen Trend. Es ist davon auszugehen, dass
33 die Energiepreise noch in den nächsten Jah-
34 ren erhöht bleiben. Dadurch werden auch in
35 den nächsten Jahren einkommensschwache
36 Haushalte besonders von den hohen Ener-
37 giepreisen betroffen sein. Auch die Gas- und
38 Strompreisbremse helfen hier nur bedingt,
39 da sie die Gas- und Stromkosten in vielen
40 Fällen auf ein doppeltes Preisniveau fixie-

Einführung eines Stromsozialtarifs bei der Berliner Stromversorgung

Wir fordern, dass in Berlin ein sozialer Stromtarif mit reduziertem Preis für einkommensschwache Haushalte eingeführt werden muss. Berechtigte Personen sollten diesen günstigeren Vertrag dann mit einem Stromversorgungsunternehmen anstelle des normalen Stromtarifs abschließen können. Der Preis des Sozialtarifs soll vom Senat festgelegt werden und deutlich unter den Preisen der Grundversorgung liegen, um eine Entlastung der einkommensschwachen Haushalte in Berlin zu gewährleisten. Ein ähnliches Angebot muss es auch für Auszubildende und Studierende geben, die ein niedriges Einkommen haben. Die zusätzlichen Kosten der Stromversorgungsunternehmen, die durch das Angebot des Sozialtarifs entstehen, sollen durch den Haushalt des Landes Berlins gedeckt werden.

41 ren. Einsparpotenziale sind bei einkommens-
42 schwachen Haushalten auch selten vorhan-
43 den. Daher bedarf es einer zusätzlichen Ent-
44 lastung von einkommensschwachen Haus-
45 halten in den kommenden Jahren. Außerhalb
46 von Deutschland hat sich dabei das Instru-
47 ment der sozialen Energietarife bewahrt, bei
48 denen Sozialleistungs-empfänger*innen En-
49 ergietarife zu staatlich subventionierten Prei-
50 sen erhalten. In Deutschland gibt es dies
51 bisher nicht. Zwar wird ein Teil der En-
52 ergiekosten bei Bürgergeldempfänger*innen
53 bereits übernommen, jedoch betrifft dies
54 nur die Heizkosten. Für Stromkosten gibt
55 es dahingegen keine Regelung. Bürgergeld-
56 empfänger*innen können lediglich bei hohen
57 Stromschulden und dem drohenden Verlust
58 der Wohnung eine Beihilfe bekommen. Da
59 nicht absehbar ist, dass das Bürgergeld zeit-
60 nah wieder angepasst wird, um auch Strom-
61 kosten zu übernehmen, sollte Berlin hier
62 selbst tätig werden und einkommensschwa-
63 che Haushalte entlasten. Zusätzlich gera-
64 ten auch immer mehr mittlere Einkommens-
65 schichten durch die gestiegenen Energieprei-
66 se unter Druck. Soziale Stromtarife können
67 auch hier helfen. Durch einen sozialen Tarif
68 beim örtlichen Grundversorgungsunterneh-
69 men werden Verbraucher*innen auch zusätz-
70 lich vor Insolvenzen und Vertragsmissbrauch
71 von Dritten Stromanbieter*innen geschützt.
72 Daher sollten die Preise des sozialen Strom-
73 tarifs nicht kurzfristig angepasst werden. Ei-
74 ne Prüfung der Berechtigung für den sozia-
75 len Stromtarif könnte durch die Sozialämter
76 oder die Jobcenter erfolgen. Wer als berech-
77 tigte Person gilt, sollte vom Senat festgelegt
78 werden.
79

Antrag 6/I/2023

Abt. 1 - Tempelhof

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Nicht digitale Anträge auf Heizkostenhilfe

1 Die Mitglieder der Abgeordnetenhausfrakti-
2 on sowie die sozialdemokratischen Mitglie-
3 der des Senats von Berlin werden aufgefor-
4 dert, sich für eine zusätzliche nicht digita-
5 le Möglichkeit zur Beantragung von Heizkos-
6 tenhilfe bei der IBB einzusetzen.

7

8 **Begründung**

9 Die Eigentümer*innen von Brennstoffheizun-
10 gen, die nicht über einen digitalen Zugang
11 verfügen werden durch das ausschließlich di-
12 gitale Antragsverfahren von der Heizkosten-
13 hilfe ausgeschlossen und so diskriminiert.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Antrag 12/I/2023**Jusos Tempelberg****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Obdachlosigkeit und Klimawandel****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

1 Auch in Berlin spüren wir die Auswirkungen
2 des Klimawandels zunehmend. Die Sommer
3 werden heißer, die Winter werden kälter. Die-
4 se Wetterveränderungen belasten uns alle,
5 disproportional betroffen sind jedoch arme
6 Menschen.

7 Zum Schutz von Obdachlosen vor Wetteraus-
8 wirkungen fordern wir daher:

- 9 • Kältehilfe für obdachlose Menschen
10 ausbauen
- 11 • Mindestens ¼ der U-Bahnhöfe offen zu
12 halten zu allen Tageszeiten als Unter-
13 schlupf sowohl in kalten Winternäch-
14 ten wie an heißen Sommertagen
- 15 • Die Einführung einer Hitzehilfe, die
16 während Hitzewellen kühle Rückzugs-
17 orte, Schatten, Sonnenschutz und Ge-
18 tränke bereitstellt
- 19 • Ausbau der Berliner Trinkbrunnen auf
20 mind. 500 Brunnen im Berliner Stadtge-
21 biet
- 22 • Schaffung von zusätzlichen schatten-
23 spendenden Grünanlagen und Parks,
24 sowie Begrünung von Straßenzügen

25

26

27 Begründung

28 Die Folgen der Klimakrise sind räumlich, zeit-
29 lich und sozial ungleich verteilt. Die Kosten
30 tragen unproportional ärmere Menschen, die
31 am wenigsten verantwortlich sind und zu-
32 gleich wenig finanziellen Spielraum zum Ver-
33 zicht auf ressourcen- und emissionenintensi-
34 ve Verbrauchsverhalten haben. Dies zeigt sich
35 nicht nur auf internationaler Ebene, sondern
36 auch hier in Berlin.

37 Vor allem Menschen mit wenig Geld leiden
38 unter den Klimaveränderungen, welche ei-
39 ne Belastung für die Lebensqualität und Ge-
40 sundheit sowie ein Hindernis für den sozialen

41 Aufstieg darstellen. Ältere Menschen und vor
42 allem ärmere, allein lebende, chronisch kran-
43 ke, obdachlose und in prekären Wohnverhält-
44 nissen lebende Personen sind besonders ge-
45 fährdet, wenn es im urbanen Raum zu Hitze-
46 oder Kältewellen kommt.
47 Die mehrfache Belastung sowie soziale Iso-
48 lation verhindert deren Zugang zu wichtigen
49 und sogar überlebenswichtigen öffentlichen
50 und privaten Ressourcen. Ein Beispiel hier-
51 für ist der Zugang zu Schattenplätzen, kühlen
52 Räumen, Sitzbänken und Trinkbrunnen wäh-
53 rend Hitzeperioden. Dazu kommen zusätzli-
54 che Barrieren wie defensive Architektur hin-
55 zu.
56

Weitere Anträge

Antrag 1/I/2023

AG 60Plus Tempelhof-Schöneberg

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Kulturangebote kostenfrei anbieten

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
 2 hauses und des Senats von Berlin
 3 werden aufgefordert sich dafür einzusetzen,
 4 dass kulturelle Angebote städtischer Einrich-
 5 tungen und Träger, wie Museen, Theater und
 6 Musik für Menschen über 65 Jahren kosten-
 7 frei genutzt werden können. Dies soll auch
 8 nicht nur an bestimmten Tagen, sondern im-
 9 mer, wenn Karten verfügbar sind, ermöglicht
 10 werden.

11

12 Begründung

13 Ältere Menschen sind nicht erst seit der Pan-
 14 demie und der erheblichen Preissteigerungen
 15 des allgemeinen Lebensunterhaltes von den
 16 Eintrittspreisen der kulturellen Angebote be-
 17 sonders betroffen. In der Regel lebt der größ-
 18 te Teil der Empfängerinnen und Empfänger
 19 von Renten oder Ruhegehältern in finanziell
 20 beengten Verhältnissen. Gleichzeitig nimmt
 21 aus eben diesen Gründen auch die Teilhabe
 22 am gesellschaftlichen Leben ab, weil immer
 23 mit Ausgaben und finanziellen Belastungen,
 24 Einschränkungen verbunden. Die Folge hier-
 25 von sind Rückzug, Vereinsamung und psychi-
 26 sche Irritationen bis hin zu depressiven Stö-
 27 rungen oder körperlichen Erkrankungen.

28

29 Kulturangebote gehören zur sozialen und
 30 gesellschaftlich notwendigen Grundversor-
 31 gung. Sie garantieren und gewähren Teilha-
 32 be, Solidarität und Menschlichkeit in hohem
 33 Maße. Der ältere Mensch empfindet sich als
 34 abgeschoben, wenn er auf die Angebote in
 35 Senioreneinrichtungen, Familienzentren und
 36 gemeinnützigen Vereine reduziert wird. Die
 37 Arbeit in diesen Einrichtungen ist unverzicht-
 38 bar, reicht jedoch nicht aus. Dies wird und
 39 kann als ausgrenzend erlebt werden, wenn
 40 sie als einzige Möglichkeit für den älteren

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der Antragskommission (Kein Konsens)

Kulturangebote kostenfrei für Menschen über 65 Jahre anbieten Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats von Berlin werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass kulturelle Angebote städtischer Einrichtungen und Träger, wie Museen, Theater und Musik für Menschen über 65 Jahren kostenfrei genutzt werden können. Dies soll auch nicht nur an bestimmten Tagen, sondern immer, wenn Karten verfügbar sind, ermöglicht werden.

41 Menschen nutzbar sind.
42
43 Die AG60plus hält es daher für dringend ge-
44 boten, dass gerade für den älteren Menschen
45 hier entsprechend kostenfreie Angebote zur
46 Verfügung stehen oder gestellt werden. In
47 städtischen Museen gibt es einen freien Tag
48 im Monat. In städtischen Theatern gilt die
49 „normale“ Preistabelle für den Eintritt. Kon-
50 zertkarten sind für reguläre Musikveranstal-
51 tungen mit einer kleinen Rente nicht bezahl-
52 bar. Das ist nicht vereinbar mit unserer Über-
53 zeugung von barrierefreiem Zugang zur Kul-
54 tur. Es sind nicht nur die Treppenstufen, die
55 uns oft Probleme bereiten – es sind die finan-
56 ziellen Hürden, die für viele von uns unüber-
57 windbar sind.

Antrag 2/I/2023**Abt. 7 - Schöneberg****Die KDV möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Kein Konsens)****Verkehrsberuhigung und Schulwegsicherung Ella-Barowsky-Straße**

1 Die Mitglieder der SPD-Fraktion in der Be-
2 zirksverordnetenversammlung Tempelhof-
3 Schöneberg und die sozialdemokratischen
4 Mitglieder des Bezirksamtes Tempelhof-
5 Schöneberg werden dazu aufgefordert,
6 darauf hinzuwirken, dass

7 1. die südliche Zufahrt zur Ella-Barowsky-
8 Straße vom Sachsendamm (ggü. der
9 Autobahnabfahrt) für den Kraftverkehr
10 geschlossen wird, jedoch für Radfah-
11 rer:innen und Fußgänger:innen pas-
12 sierbar bleibt;

13 2. die Ella-Barowsky-Straße in Höhe der
14 Schule durch geeignete Maßnahmen
15 ergriffen werden, um die Verkehrssi-
16 cherheit zu erhöhen.

17

18 Begründung

19 Schon heute wird die Ella-Barowsky-Straße
20 als Durchgangsstraße von der südlichen
21 Zufahrt in Richtung Osten genutzt. Das
22 Verkehrsaufkommen ist entsprechend hoch.
23 Wird die Straße von beiden Seiten befahrbar
24 (Aufhebung der Einbahnstraße ist geplant),
25 wird die Straße auch in beide Richtungen zur
26 Durchgangsstraße. Das Verkehrsaufkommen
27 wird sich entsprechend noch erhöhen. Um
28 die Sicherheit zu erhöhen und nicht zuletzt
29 auch die Lebensqualität in der Straße muss
30 der Durchgangsverkehr hier vermieden
31 werden.

Rücksprache mit BVV-Fraktion und Stadträtin
für Stadtplanung

Antrag 3/I/2023**Abt. 7 - Schöneberg****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Speicheltest auf Endometriose als Kassenleistung**

- 1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion
- 2 werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
- 3 dass die Kosten für den neuen Speicheltest
- 4 auf Endometriose von den gesetzlichen Kran-
- 5 kenkassen übernommen werden, sofern ein
- 6 begründeter Verdacht besteht, dass eine Frau
- 7 an Endometriose erkrankt sein könnte.

8

9 Begründung

- 10 In Deutschland erkranken im Laufe ihres
- 11 Lebens 8-15 % der Frauen an Endometri-
- 12 se. Jährlich kommen nach Schätzungen der
- 13 Endometriose-Vereinigung ca. 40.000 Neu-
- 14 erkrankungen hinzu. Oftmals leiden Frauen
- 15 dabei unter starken Schmerzen, bspw. wäh-
- 16 rend ihrer Periode, beim Wasserlassen oder
- 17 während des Geschlechtsverkehrs. Endome-
- 18 triose kann auch zu Unfruchtbarkeit füh-
- 19 ren. Viele Frauen leiden unter Endometri-
- 20 se, ohne dies zu wissen. Je früher die Krank-
- 21 heit jedoch diagnostiziert wird, desto früher
- 22 kann sie auch behandelt werden. Dies erhöht
- 23 die Chance der Frauen auf eine erfolgreiche
- 24 Schwangerschaft und erspart ihnen Schmer-
- 25 zen. Die Diagnose der Krankheit erfolgte bis-
- 26 her mittels einer Bauchspiegelung unter Voll-
- 27 narkose. Der Speicheltest, der seit 2023 auf
- 28 dem Markt ist, ist schonender, kostet aber
- 29 799 Euro. Für viele Betroffene ist es undenk-
- 30 bar, diese Kosten selbst zu tragen. Deshalb
- 31 sollte der Speicheltest in Zukunft von den ge-
- 32 setzlichen Krankenkassen bezahlt werden.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

Antrag 4/I/2023**Abt. 6 - Schöneberg-City****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Zusätzliche digitale Anzeigetafeln an den Eingängen zum S-Bahnhof Julius-Leber-Brücke**

1 Wir fordern die SPD-Fraktion in der BVV
2 Tempelhof-Schöneberg und im Abgeordne-
3 tenhaus sowie den Berliner Senat auf, sich
4 bei der Berliner S-Bahn (bzw. der zuständi-
5 gen DB Station&Service AG) für die Installa-
6 tion zusätzlicher digitaler Anzeigetafeln an
7 den Eingängen zum S-Bahnhof Julius-Leber-
8 Brücke auf der Julius-Leber-Brücke einzuset-
9 zen.
10 Außerdem sollen S-und-U-Bahn-Netzpläne
11 auch oben auf der Brücke sichtbar in gedruck-
12 ter Form angebracht werden.

13

14 Begründung

15 An bzw. auf der Julius-Leber-Brücke befinden
16 sich sowohl Bushaltestellen der BVG als auch
17 ein hochfrequenzierter S-Bahnhof.
18 An den Eingängen zum S-Bahnhof fehlen di-
19 gitale Anzeigetafeln zur Anzeige der Abfahrt
20 der nächsten Züge. Bisher gibt es nur unten
21 an den Gleisen digitale Anzeigetafeln, die-
22 se sind von der Brücke (und damit von den
23 Bushaltestellen) aus aber nicht lesbar. Daher
24 muss man bisher zum Gleis hinuntergehen,
25 wenn man wissen möchte, wann der nächste
26 Zug abfährt. Wenn der Zugverkehr beispiels-
27 weise gerade eingeschränkt ist, erfährt man
28 dies als Fahrgast also erst, wenn man die
29 Treppe zu den Bahnsteigen heruntergelaufen
30 ist. Besonders für mobilitätseingeschränkte
31 Menschen stellt dies ein Problem dar. Auch
32 für Fahrgäste, die z.B. vom Bus in die S-Bahn
33 umsteigen wäre es hilfreich, bereits oben auf
34 der Brücke und nicht erst unten am Bahnsteig
35 zu erfahren, wann der nächste Zug kommt.
36 Auf eine privat eingereichte Anfrage zu die-
37 sem Problem antwortete die DB Station&Ser-
38 vice AG im Dezember 2022: „Aktuell sind kei-
39 ne weiteren Anzeiger für den Bahnhof Julius-
40 Leber-Brücke eingeplant. Wir empfehlen die

41 gängigen Fahrplan-Apps S-Bahn Berlin, VBB,
42 DB Navigator oder BVG, um die nächste Ab-
43 fahrt abzurufen und zum richtigen Gleis zu
44 gelangen.”

45 Diese Haltung ist unzureichend. Um die im
46 Berliner Mobilitätsgesetz beschriebenen Ziele
47 zu erreichen und die Verkehrswende zu voll-
48 ziehen, muss der ÖPNV attraktiver werden.
49 Hierzu zählt auch, dass Fahrgäste sowohl on-
50 line über Apps als auch vor Ort über digita-
51 le Anzeigetafeln über aktuelle Abfahrtszeiten
52 informiert werden.

Antrag 5/1/2023**Abt. 6 - Schöneberg-City****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Was muss, das muss! – Das gesamte Stadtgebiet, flächendeckend mit kostenfreien Toiletten ausstatten**

1 Wir fordern auf Bezirks- und Landesebene:

2

3 Die SPD-Fraktionen im Bezirk und im Land
4 Berlin sollen sich für die flächendeckende Ver-
5 fügbarkeit von sauberen, für alle kostenfrei,
6 möglichst barrierefreie nutzbaren Toiletten
7 einsetzen. Auf Toilette zu gehen ist ein Grund-
8 bedürfnis und muss jederzeit und überall un-
9 ter menschenwürdigen Bedingungen mög-
10 lich sein.

11 Dabei sollen unterschiedliche Bausteine zu
12 einem engmaschigen, flächendeckenden
13 Netzwerk beitragen.

14

15 Öffentliche Toiletten:

16 Öffentliche Toiletten, wie in den letzten Jah-
17 ren in den Berliner Bezirken errichtet, bilden
18 die Grundlage des Netzes und sollen als sol-
19 ches stetig ausgebaut werden. Diese müssen
20 sofort allen Geschlechtern kostenfrei zur Ver-
21 fügung stehen. Auch fordern wir einen an-
22 gemessenen Säuberungs-Zyklus, um eine hy-
23 gienische Nutzung zu gewährleisten.

24

25 Toiletten in öffentlichen Gebäuden einbin-
26 den:

27 Toiletten in öffentlichen Gebäuden sollen
28 selbstverständlich für alle in den Öffnungs-
29 zeiten nutzbar sein. Hier soll eine entspre-
30 chende Beschilderung und Werbung an
31 den Eingängen den Zugang niedrigschwellig
32 ermöglichen.

33

34 Einbindung der lokalen Gastronomie fördern:

35 Wir fordern, die lokale Gastronomie in das
36 flächendeckende Konzept mit einzubeziehen.
37 Gastronom*innen, die ihre Toilette sichtbar
38 und kostenlos anbieten, sollen für die Bereit-
39 stellung der Infrastruktur und die Säuberung

40 entsprechend bezuschusst werden. Der Zu-
41 schuss kann nach Lage und Ausstattung ge-
42 staffelt werden. Hier kann auf bestehende
43 und funktionierende Konzepte wie „die net-
44 te Toilette“ zurückgegriffen werden.

45 Es muss selbstverständlich sein, dass jede*r
46 mit dem natürlichsten Bedürfnis der Welt
47 schnell eine saubere Toilette findet!

48

49 **Begründung**

50 Berlin ist in den letzten Jahren die ersten
51 Schritte hin zu einer Erhöhung der Infrastruk-
52 tur im Bereich öffentlicher Toiletten gegan-
53 gen. 50 der 278 neuen City-Toiletten sind seit
54 August 22 für alle kostenlos nutzbar. Doch
55 dieses Angebot reicht bei weitem noch nicht
56 aus. Es sollte für uns selbstverständlich sein,
57 dass jede*r zu jeder Zeit dem Grundbedürfnis
58 auf Toilette zu gehen nachgehen kann. Auch
59 wenn man in den meisten Situationen noch
60 „aushalten kann“, sollte dies nicht die Regel
61 sind müssen.

62

63 Außerdem gibt es besondere Umstände, die
64 dies „aushalten“ nicht zulassen. So müssen
65 Schwangere einfach häufiger, dringender auf
66 die Toilette. Auch Menschen mit einer chro-
67 nisch entzündlichen Darmerkrankung haben
68 oft einen hohen Leidensdruck. Für sie ist die
69 Verfügbarkeit einer Toilette Bedingung für
70 die Teilnahme am öffentlichen Leben. Ebenso
71 ältere Personen, die beispielsweise durch die
72 Einnahme von wasserabführenden Tabletten
73 einen erhöhten Harndrang haben. Genauso
74 sollte es Menschen ohne feste Bleibe möglich
75 sein überall menschenwürdige Optionen für
76 ihre Notdurft vorzufinden.

77

Antrag 7/I/2023**Abteilung Tempelhof und Jusos****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Deutschlandticket auch als Papierticket**

1 Wir fordern, dass das kommende Deutsch-
2 landticket (49-Euro-Ticket) in Berlin auch in
3 Form eines Ein-Monats-Papiertickets ange-
4 boten wird, damit das Deutschlandticket so-
5 zialverträglicher ausgestaltet wird. Es muss
6 eine Wahloption geben, um das Ticket auch
7 ohne Abo für einen Monat zu kaufen. Ei-
8 nen Zwang des Bundesverkehrsministerium
9 zum alleinigen Angebot des Deutschlandti-
10 ckets als monatlich kündbare Aboversion leh-
11 nen wir ab.

12

13 Begründung

14 Ab dem 1. Mai 2023 soll das sogenannte
15 Deutschlandticket (49-Euro-Ticket) starten,
16 der Verkauf schon ab dem 3. April 2023. Das
17 Bundesverkehrsministerium setzt sich dabei
18 dafür ein, dass das Deutschlandticket aus-
19 schließlich als monatlich kündbares und digi-
20 tales Aboticket angeboten wird. Dadurch sol-
21 len die noch nicht digitalisierten Verkehrsbe-
22 triebe einen Anreiz bekommen, dies aufzuho-
23 len. Eine Option zum Verkauf des Deutsch-
24 landtickets als Papierform soll daher nur
25 übergangsweise bis Ende des Jahres 2023
26 erlaubt sein. Durch das alleinige Angebot
27 als Aboversion wird das Deutschlandticket
28 für Urlaubs- und Spontanreisende unattrak-
29 tiv. Ein weiter Kund*innenkreis bleibt uner-
30 schlossen. Das Ziel, die Verkehrsbetriebe zu
31 digitalisieren, darf außerdem nicht auf Kos-
32 ten der Fahrgäste ausgetragen werden. Ohne
33 eine Alternative als Papierticket werden ins-
34 besondere Ältere und Menschen ohne mobi-
35 le Endgeräte von der Nutzung des Deutsch-
36 landtickets ausgeschlossen. Außerdem ha-
37 ben Fahrgäste dann keine Möglichkeit, ei-
38 ne Ticketoption zu wählen, bei der nicht alle
39 Fahrgastdaten gespeichert werden. Der Auf-
40 wand einer Angebotserweiterung durch ein

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

41 zusätzliches Papierticket würde also nicht zu
42 einem hohen Mehraufwand für die Verkehrs-
43 betriebe führen und sogar noch zusätzliche
44 Fahrgastgruppen erschließen. Daher sollte
45 Berlin hier vorgehen und im Sinne der In-
46 klusion auch ein monatliches Papierticket an-
47 bieten.

Antrag 8/I/2023

Abt. 2 - Mariendorf

Die KDV möge beschließen:

Keine Koalition mit der CDU

- 1 Die SPD Tempelhof-Schöneberg lehnt eine
- 2 Koalition mit der CDU im Land Berlin ab. Die
- 3 SPD Tempelhof-Schöneberg fordert die Ver-
- 4 antwortlichen der Landesebene auf, perso-
- 5 nelle Konsequenzen aus der Wahlniederlage
- 6 zu ziehen. Wir erwarten eine Neuaufstellung
- 7 des Landesverbandes.

Antrag 9/1/2023**Jusos Tempelberg****Die KDV möge beschließen:****Kai ist der falsche Vorname fürs Rote Rathaus - Keine Koalition mit der CDU!**

1 Wir werden als SPD keine Koalition mit der
2 CDU eingehen.

3

4 Begründung

5 Die Wiederholungswahl 2023 war ein harter
6 Schlag für die Berliner Sozialdemokratie. Zum
7 dritten Mal in Folge führen wir das schlech-
8 teste Wahlergebnis seit dem Zweiten Welt-
9 krieg ein. Insbesondere bei jungen Menschen
10 und Menschen, die in innerstädtischen Lagen
11 wohnen, haben wir drastisch verloren. Die
12 Zahlen sprechen hier eine eindeutige Spra-
13 che. So konnten wir bei jungen Menschen
14 zwischen 18 und 34 Jahren nur noch knapp
15 10 Prozent der Stimmen erreichen. Während
16 wir bei der Wahl 2021 noch 24 Direktman-
17 date ergatterten konnten, blieben in der Wie-
18 derholungswahl davon noch exakt 4 übrig.
19 Dennoch hat die SPD Berlin - anders als bei-
20 spielsweise die Grünen oder die CDU - in allen
21 Teilen der Stadt einen vergleichsweise stabi-
22 len Stimmenanteil und wird nicht fast aus-
23 schließlich in Bezirken innerhalb (wie die Grü-
24 nen) oder außerhalb (wie die CDU) gewählt.
25 Auch bei älteren Menschen ist unser Ergebnis
26 stabil, bei den über 60-jährigen konnten wir
27 21% erreichen, bei den über 70-jährigen sogar
28 30 Prozent. Die CDU erzielt ähnliche Ergebnis-
29 se, während die jungen Menschen überwie-
30 gend die Grünen gewählt haben.

31 Diese Spaltung der Stadt war auch im Wahl-
32 kampf deutlich sichtbar. So setzte die CDU
33 bewusst auf einen rechtspopulistischen Kurs,
34 der die Grenzen des Sagbaren verschiebt und
35 Leute nach Vornamen in mehr oder weni-
36 ger deutsch einteilen sollte. Zurecht haben
37 wir uns im Wahlkampf entschieden und ge-
38 schlossen diesem Narrativ entgegengestellt.
39 Jetzt mit der CDU zu koalieren, macht uns
40 besonders in diesem Zusammenhang höchst
41 unglaublich. Auch die Entscheidung, das

42 Rote Rathaus zugunsten von Kai Wegner auf-
43 zugeben, der noch nie eine Behörde geleit-
44 tet hat und keinerlei Erfahrung in diesem Be-
45 reich hat, wird uns schaden. Während wir Ge-
46 fahr laufen, in einer Schwarz-Roten-Koalition
47 Steigbugelhalter einer konservativen Politik
48 der CDU zu werden, geben wir gleichzeitig
49 den Grünen und den Linken die Möglichkeit,
50 sich in der Opposition als linke Gegenpole zu
51 dieser Koalition zu etablieren. Als linke Volks-
52 partei können wir das nicht hinnehmen. Hin-
53 zu kommt, dass das unser Wahlergebnis bei
54 jungen Menschen und in der Innenstadt wei-
55 ter nach unten treiben wird.

56 Eine Koalition mit der CDU wurde gleichzeitig
57 auch bedeuten, dass Berlin im Bundesrat an-
58 ders auftreten musste als bisher. Soziale Pro-
59 jekte waren also auch auf Bundesebene ge-
60 fährdet. Was das für Auswirkungen hat, ließ
61 sich bereits beim Bürgergeld beobachten.

62 Nach diesem Wahlergebnis darf es kein
63 Weiter-So geben. Aber eine Koalition mit der
64 CDU, einer Partei, die spaltet statt eint, die
65 sich offen rassistischer Narrative bedient,
66 eine Koalition, die insgesamt bei unter 34-
67 jährigen nicht mal 25% bekommen hat, kann
68 hier nicht die Antwort sein. Darum müssen
69 wir eine Koalition mit der CDU entschieden
70 ablehnen.

Antrag 10/I/2023**Jusos Tempelberg****Die KDV möge beschließen:****Der Preis gelebter Solidarität**

1 Als Genoss*innen setzen wir uns für eine ge-
2 rechte und vielfältige Vertretung in der Politik
3 ein. Um diesem Ziel näher zu kommen, for-
4 dern wir eine stärkere Berücksichtigung von
5 jungen und Erstkandidierenden auf den Lis-
6 tenplätzen bei Wahlen, dies gilt vor allem für
7 BIPOCs und FINTA*-Personen. BIPOC ist die Ab-
8 kürzung von Black, Indigenous, People of Co-
9 lor und bedeutet auf Deutsch Schwarz, In-
10 digen und der Begriff People of Color wird
11 nicht übersetzt. FINTA* steht als Abkürzung
12 für Frauen, inter, non-binäre Personen, trans*
13 und agender Personen.

14 Die politische Teilhabe von jungen Menschen
15 und Erstkandidierenden in der Politik ist von
16 großer Bedeutung für eine lebendige Demo-
17 kratie. Junge Menschen bringen neue und in-
18 novative Ideen und Perspektiven in die Poli-
19 tik ein und tragen dazu bei, dass die Interes-
20 sen aller Bevölkerungsgruppen angemessen
21 berücksichtigt werden. Aus diesem Grund ist
22 es umso wichtiger, auch junge Menschen und
23 Erstkandidierende auf vorderen Listenplät-
24 zen zu sehen. Dabei sollten vor allem Mitglie-
25 der marginalisierter Gruppen berücksichtigt
26 werden (FINTA*-Personen, BIPOCs). Dies soll
27 dazu beitragen, dass junge Menschen und
28 Neueinsteiger*innen in der Politik eine reelle
29 Chance haben, in die Parlamente einzuziehen
30 und somit aktiv an der Gestaltung der politi-
31 schen Landschaft mitzuwirken.

32 Wir sind davon überzeugt, dass eine stärker-
33 re Berücksichtigung von jungen und Erstkan-
34 didierenden auf den Listenplätzen ein wichti-
35 ger Schritt hin zu einer gerechteren und viel-
36 fältigeren politischen Vertretung in Deutsch-
37 land ist.

38 Vor allem nach den schlechten Ergebnissen
39 der Wiederholungswahl ist es eine nahezu lo-
40 gische Schlussfolgerung, neben inhaltlichen
41 Konsequenzen auch personelle zu ziehen. An-

42 statt es sich auf bequemen Listenplätzen aus-
43 zuruhen, sollten privilegierte Genoss*innen,
44 die Solidarität, die sie predigen, auch ausle-
45 ben und Platz für neue Gesichter machen.

46 Darum fordern wir:

- 47 • eine stärkere Berücksichtigung von jun-
48 gen und Erstkandidierenden auf den
49 Listenplätzen bei anstehenden Wahlen
50 jeglicher Art.
- 51 • Unter den ersten 10 Listenplätzen zur
52 BVV-Wahl sollen mindestens 4 jun-
53 ge (im Alter bis 35 Jahre am Wahl-
54 tag) und/oder 4 Erstkandidierende plat-
55 ziert sein. Diese Quote von mindestens
56 40% soll auf den weiteren Listenplätzen
57 in jedem Zehnerblock fortgeführt wer-
58 den.
- 59 • Unter den ersten 7 Listenplätzen zur
60 AGH-Wahl sollen mindestens 3 jun-
61 ge (im Alter bis 35 Jahre am Wahl-
62 tag) und/oder 3 Erstkandidierende plat-
63 ziert sein. Diese Quote von mindestens
64 40% soll auf den weiteren Listenplätzen
65 fortgeführt werden.
- 66 • Für BIPOC-Kandidierende soll ebenso ei-
67 ne Quote von mindestens 35% gelten,
68 angelehnt an die Quote für Menschen
69 mit Migrationshintergrund im öffentli-
70 chen Dienst.

Antrag 11/I/2023**Jusos Tempelberg****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Jugendkulturkarte verstetigen!**

1 In Berlin sind rund 35% der jungen Erwach-
2 senen im Alter von 18 bis 25 Jahren armuts-
3 gefährdet oder von Armut betroffen. Wer ins-
4 besondere als junger Mensch in Armut auf-
5 wächst, erlebt neben Stigmatisierung und
6 Scham auch oft Verzicht und damit schlechte-
7 re Zukunftschancen. Insbesondere durch eine
8 gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen
9 Leben lassen sich diese entstandenen Unter-
10 schiede und Ungleichheiten überwinden. Die
11 Jugendkulturkarte ermöglicht zahlreichen Ju-
12 gendlichen in Berlin das Erfahren von kultu-
13 reller Vielfalt.

14

15 Wir fordern daher:

- 16 • die Verstetigung der Jugendkulturkarte
17 in Berlin. Diese soll jährlich mit einem
18 Guthaben von 200€ erhältlich sein und
19 für 12 Monate gültig sein. Der Einstieg
20 soll zu jedem 1. eines neuen Monats
21 möglich sein. Berechtigt sollen Jugend-
22 liche und junge Erwachsene zwischen
23 18 und 25 Jahren sein.
- 24 • die Entgeltfreiheit für die Benutzung
25 der Dienste öffentlicher Bibliotheken
26 bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres.

27

Begründung

29 Die Jugendkulturkarte ist eine Initiative der
30 Senatsverwaltung für Kultur und Europa in
31 Zusammenarbeit mit Kulturprojekte Berlin
32 und ermöglicht allen 18- bis 23-jährigen Ber-
33 liner*innen, mit einem Kulturguthaben im
34 Wert von 50€ im Aktionszeitraum vom 01.02.
35 – 30.04.2023 Berlins vielfältige Kulturszene zu
36 entdecken und live vor Ort zu erleben – un-
37 abhängig vom eigenen Geldbeutel. Zu die-
38 sen rund 160 Kulturorten zählen unter ande-
39 rem Theater, Literaturhäuser, Museen, Aus-
40 stellungshäuser, Kinos und Clubs. Mit einer

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Kein Konsens)**

Die Antragskommission bittet um Erläute-
rung der Altersgrenze

41 Registrierung über ein Online-Formular er-
42 halten die Jugendlichen dann in einer der
43 zahlreichen Abholstellen ihre Kulturkarte mit
44 einem Guthaben von 50€ und können sie
45 direkt einsetzen. Außerdem kann im Akti-
46 onszeitraum ein Bibliotheksausweis mit ei-
47 ner Gültigkeit von einem Jahr kostenlos er-
48 standen werden.

49 Zwar ist auf Bundesebene ein einjähriger Kul-
50 turpass mit einem Guthaben von 200€ ge-
51 plant, dieser soll jedoch zunächst nur für die
52 Jugendlichen gelten, die gerade 18 Jahre alt
53 werden. Da aber insbesondere auch junge Er-
54 wachsene bis 25 von Armut bedroht sind, soll-
55 te diese Grenze analog zur Kindergeldgrenze
56 auf 25 Jahre angehoben werden.

Initiativanträge

Antrag 1/I/2023

Jusos Tempelberg

Die KDV möge beschließen:

Beantragung eines außerordentlichen Parteitages

- 1 Die SPD Tempelhof-Schöneberg beantragt im
- 2 Sinne des § 21 Satz 2 Organisationsstatut die
- 3 Einberufung eines außerordentlichen Partei-
- 4 tages.
- 5
- 6 **Begründung**
- 7 erfolgt mündlich

Antrag 2/I/2023

Abt. 8 - Friedenau

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Vorverlegung Landesparteitag

1 Nach dem historisch schlechten Ergebnis bei
2 der vergangenen Wahl brauchen wir einen
3 breiten Beteiligungsprozess über die Zukunft
4 und strategische Ausrichtung der Berliner
5 SPD. Es ist zentral, in diesen Prozess möglichst
6 viele Genoss*innen einzubeziehen und die-
7 sen transparent zu gestalten. Daher fordert
8 die SPD Tempelhof-Schöneberg die Vorverle-
9 gung des Landesparteitags auf Mai.

10

11 **Begründung**

12 erfolgt mündlich

Antrag 3/I/2023

Kreisvorstand

Die KDV möge beschließen:

Aufnahme von gemeinsamen Verhandlungen im Bezirk mit Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke

- 1 Die KDV beschließt auf Empfehlung des Kreis-
- 2 vorstandes die Aufnahme von Verhandlung-
- 3 gen mit Bündnis 90/Die Grünen und Die Lin-
- 4 ke im Bezirk Tempelhof-Schöneberg für ei-
- 5 ne gemeinsame und stabile Vereinbarung für
- 6 die progressive Mehrheit in der Bezirksver-
- 7 ordnetenversammlung und im Bezirksamt.
- 8 Wir sind zuversichtlich, dass wir in den Ge-
- 9 sprächen in den kommenden Wochen eine
- 10 gemeinsame Basis für eine erfolgreiche Zu-
- 11 sammenarbeit finden werden und damit ei-
- 12 nen wichtigen Beitrag für eine lebenswerte
- 13 Zukunft in unserem Bezirk leisten können.